

Söldner gegen Syrien

Von Karin Leukefeld

Bewaffnete Aufständische in Syrien werden offenbar von ausländischen Söldnern bei Angriffen auf die syrische Armee und bei Sabotageaktionen unterstützt. Finanzielle Hilfe erhalten sie von Regierungen und Geschäftsleuten aus den Golfstaaten, Waffen sollen nach Angaben türkischer Medien (Milliyet) auch über den türkischen NATO-Stützpunkt Incirlik geliefert werden.

In seinem Internetportal Voltairenet.org zitierte der französische Journalist Thierry Meyssan am Montag den spanischen Fotografen Daniel Iriarte, der sich seit einiger Zeit bei der Freien Syrischen Armee (FSA) im Norden Syriens an der Grenze zur Türkei aufhält und tägliche Berichte für die spanische Tageszeitung ABC schreibt. In der Ausgabe vom vergangenen Wochenende beschreibt Iriarte eine Begegnung mit drei libyschen Kämpfern, von denen er zwei als Mahdi Al-Harati und Kikli Adem identifizierte. Beide Männer waren an hervorgehobener Stelle aktiv bei den libyschen Rebellen im Kampf gegen Muammar Al-Ghaddafi. Der dritte Libyer, ein gewisser »Fouad« war offenbar der Leibwächter von Kikli. Mahdi Al-Harati war während des Krieges in Libyen Kommandeur der Tripoli-Brigade. Nach der Einnahme der libyschen Hauptstadt wurde er stellvertretender Chef des Militärrates, der von Abdelhakim Belhaj geführt wurde, einem bekannten islamistischen Söldner seit Ende der 1980er Jahre. Al-Harati hatte Libyen im Oktober verlassen, angeblich um seine Familie in Irland zu besuchen. Seit Wochen zirkulieren in arabischen und türkischen Medien Berichte, daß die FSA von mindestens 600 »Freiwilligen« aus Libyen unterstützt wird, die mit Unterstützung der türkischen Regierung aus der Türkei nach Syrien eingeschleust würden. Die Türkei hat die Vorwürfe nicht dementiert.



Soldaten im syrischen Daraa auf einem Amateurvideo vom Montag

Foto: AP

Die staatliche Nachrichtenagentur SANA berichtete am Dienstag, daß Waffenschmuggel und Waffenlieferungen an die Aufständischen in Syrien demnächst mit dem Tode bestraft werden könnten. Bisher stehen auf dem illegalen Handel und Schmuggel von Waffen Haftstrafen zwischen 15 Jahren und lebenslang

Nach Angaben der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London sollen bei neuen Vorfällen in der Provinz Idleb am Dienstag rund 100 Deserteure von regulären Einheiten getötet oder verletzt worden sein. Die jüngsten Kämpfe ereigneten sich den Angaben zufolge rund 330 Kilometer nördlich der Hauptstadt Damaskus, berichtete die Beobachtungsstelle unter Berufung auf Zeugen vor Ort.

Nach einem Treffen in der tunesischen Hauptstadt Tunis erklärte der Syrische

Nationalrat (SNR) am Montag erneut als oberstes Ziel seiner Anstrengungen, »den Sturz des Regimes, aller Vertreter, aller Symbole und Institutionen«.

Die von der Arabischen Liga und der EU mehrfach verschärften Sanktionen gegen Syrien machen derweil der Bevölkerung des Entwicklungslandes das Leben zusätzlich schwer. Weil Syrien nicht genügend Raffinerien hat, wurde Heizöl und Diesel u.a. aus Rumänien importiert. Die Lieferungen wurden mit den Sanktionen eingestellt. Inzwischen wurde auch die Versorgung mit Strom landesweit reduziert. Die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) bezeichnete am Wochenende Sanktionen gegen Syrien als »falschen Weg«. IPPNW forderte die Bundesregierung auf, sich im UN-Sicherheitsrat für »deeskalierende Maßnahmen« und für einen »Dialog zwischen der Regierung Assad und syrischen Oppositionellen« einzusetzen